



**Pressekonferenz
Vorstellung des Schattenberichts
Statement Erika Biehn, Betroffenenvertreterin in der Nationalen Armutskonferenz**

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Armut stört. Als Alleinerziehende habe ich die Hürden und Anforderungen erlebt, die Menschen in Armut tagtäglich durchleben. Mir erzählen vor allem Frauen, wie sehr sie unter Armut und der damit verbundenen Stigmatisierung leiden. Zum ersten Mal seit Gründung der Nationalen Armutskonferenz 1991 haben wir in der Sprecherrolle der Nationalen Armutskonferenz eine Frau an der Spitze – das wurde nach 17 Jahren auch Zeit! Denn Armut ist in Deutschland oft weiblich: betroffen sind Alleinerziehende, ihre Kinder, Aufstockerinnen oder Seniorinnen.

Im Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz kommen Betroffene gleichberechtigt neben Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften zu Wort und verschaffen sich Gehör. So beispielsweise die alleinerziehende Andrea, die beschreibt, dass es wehtut, den eigenen Kindern keinen Urlaub ermöglichen zu können. Oder die 73-jährige Almut, die nach einer Erwerbsbiografie, die von Unterbrechungen, Erziehungs- und Pflegezeiten gekennzeichnet ist, heute in Altersarmut lebt.

Eine unserer großen Baustellen sind noch immer die zu niedrigen Regelleistungen, wie wir zuvor von Barbara Eschen gehört haben. Hier ist die Politik gefordert!

Ein weiteres Anliegen ist uns aber, Behörden und Ämter zu sensibilisieren, wie sie mit den Menschen umgehen. Kränkungen, Drohungen oder die Kürzung von Sozialleistungen durch die Jobcenter sind an der Tagesordnung. Die Betroffenen erfahren in ihrer prekären Situation häufig keine Unterstützung, Ermutigung und Hilfe. Stattdessen begleitet sie die Angst zum Jobcenter, wie uns Betroffenen immer wieder berichten.

Durch zu kurz gedachte Maßnahmen drängt man Menschen in nicht existenzsichernde Jobs. Gerade für Frauen ist dies oftmals verheerend. Sie werden in den Niedriglohnbereich gedrängt, der in Deutschland wächst und gedeiht: Deutschland hat den größten Niedriglohnbereich in Westeuropa¹. Bei uns arbeitet jeder Vierte für weniger als 10 Euro die Stunde.

Obwohl die Arbeitslosigkeit in Deutschland in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, trifft dies nicht auf die Armut zu. Das Phänomen „arm trotz Arbeit“ ist eines der drängendsten Probleme. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich für gute Arbeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einzusetzen, statt „Arbeit um jeden Preis“ zur Devise zu machen.

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (2016): Niedriglöhne in der Bundesrepublik Deutschland. Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage. Drucksache 18/10582 vom 7. Dezember 2016. Download: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/105/1810582.pdf>

Besonders problematisch sind die Minijobs, mit derzeit 7,5 Mio. Beschäftigten. Sie ermöglichen in der Regel keinen Einstieg in gute Arbeit, sondern sind berufliche Sackgassen mit mangelnden Perspektiven, niedrigen Einkommen und oftmals schlechten Arbeitsbedingungen. Insbesondere für Frauen.

Das deutsche Steuerrecht fördert durch finanzielle Anreize wie das Ehegattensplitting und Minijobs eine bestimmte Arbeitsteilung in der Ehe – eine Person konzentriert sich auf die Erwerbstätigkeit, die andere verdient hinzu und erledigt unbezahlte Arbeit im Haushalt. Was auf kurze Sicht für ein Paar finanziell sinnvoll sein mag, zum Beispiel in der Familiengründungsphase oder wenn Angehörige zu pflegen sind, führt viele Frauen im Scheidungsfall in die Armut. Das muss sich dringend ändern.

Wir brauchen daher Gesetze und Hilfen, die besser aufeinander abgestimmt sind. Als Betroffenenvertreterin fordere ich außerdem im Namen der Nationalen Armutskonferenz eine Kindergrundsicherung und die Sanktionsfreiheit von Kindern und Jugendlichen.